40/1997) zurücktreten mußte, der eine Schaubäckerei auf dem Hof seiner Familie mit reichlich Fördermitteln bedachte, und offenbar wurde, daß Verkehrsminister Hartmut Meyer jahrelang für sein Wahlkreisbüro in seiner früheren Baufirma keine Miete zahlte, kann die gebeutelte SPD mit Platzeck nun endlich einen spartanischen Parteisoldaten präsentieren. Die SPD-Fraktion im Landtag brach in Jubel aus, als die Kunde von der Platzeck-Kandidatur verkündet wurde.

Ganz selbstlos ist der Opfergang des Umweltministers für seine Partei nicht. Längst wird am brandenburgischen Hofe über die hohe Belohnung geredet: Platzeck soll in nicht allzu ferner Zeit Manfred Stolpe als Regierungschef beerben.

Wenn Platzeck bei der Bürgermeisterwahl, voraussichtlich am Tag der Bundestagswahl, die Landeshauptstadt erfolgreich gegen die Postkommunisten verteidigt, kann er das Amt des Ministerpräsidenten Anfang des neuen Jahrtausends übernehmen. Stolpe will 1999 ein letztes Mal antreten. Dann ist er 63. Mit 65 könnte er den Thron an Platzeck übergeben.

An der Fortdauer der absoluten SPD-Mehrheit in Brandenburg zweifelt niemand. In Umfragen liegt die Partei derzeit bei knapp 60 Prozent. Daß Platzeck der ideale Nachfolger für den populären Landesvater Stolpe wäre, gilt unter Sozialdemokraten als ausgemacht. Der 44jährige gehört zur raren Spezies von Politikern, die ihr Amt weitgehend glaubwürdig mit persönlicher Integrität verbinden.

In Potsdam engagierte sich der studierte Umwelthygieniker bereits zu DDR-Zeiten für den Umweltschutz. 1989 gründete er mit anderen die „Grüne Liga“. 1990 wurde Platzeck im Ost-Berliner Kabinett des SED-Mannes Hans Modrow „Minister ohne Geschäftsbereich“. Bei einer deutsch-deutschen Kabinettssitzung im Februar 1990 zog Platzeck sich den Zorn des Kanzlers zu, als er den Stil der Westparteien im Wahlkampf Ost beklagte. Er lasse sich nicht belehren, habe Kohl gedröhnt, er sei hier nicht auf der Referentenschulung.

Inzwischen ist Platzeck ein altgedienter Umweltminister in Deutschland. Für Bündnis 90 übernahm er 1990 das Amt, das er als Parteiloser auch nach dem Ausstieg der Bürgerbewegten aus der Regierung 1994 behielt. 1995 wurde er SPD-Mitglied.

Mit dem CDU-Kanzler ist der Ex-DDRler inzwischen auch im reinen, seit er den Kanzler im vergangenen Sommer an den weichen Oder-Deichen über die Wirkung des Wassers aufklären durfte. Beeindruckt rief Kohl damals aus: „Gebt den Flüssen ihren Raum.“

Ein Leben ohne Politik kann sich Platzeck nicht mehr vorstellen. Doch anders als andere strebsame Kabinettskollegen streut er nicht, daß er Stolpe beerben will. Im Unterschied zu anderen wartet er – und lächelt. ◆

KERNKRAFTWERKE

Atomklo für Westmüll

In Vorpommern kämpft eine versprengte Bürgerinitiative gegen ein riesiges Zwischenlager für atomaren Abfall aus der ganzen Republik.

Unsere Gegner sind das Salz in der Suppe“, sagt Manfred Meurer, Sprecher der bundeseigenen Energiewerke Nord GmbH (EWN). Das sagt er so ruhig, als ob die Widersacher, die Castor-Feinde, nicht die Nachtgespenster jedes Bundesgrenzschützers wären. So als ob die EWN nicht das größte deutsche atomare Zwischenlager betreiben würden. Aber wen stört schon Atommüll in Lubmin, sozusagen am Ende der Welt, im Ostzipfel Vorpommerns? Die Bevölkerung vor Ort am wenigsten.

„Diesen Standort haben sie bewußt gewählt“, glaubt Rosmarie Poldrack. Sie leitet im benachbarten Greifswald die wohl kleinste Bürgerinitiative gegen Kernenergie der Republik. „Hier klammern sich 12 000 entlassene Lubminer Kernkraftwerker an jeden Strohhalm, der Arbeitsplatz heißt.“

Warum auch protestieren: Gibt es doch jede Menge Versprechungen, daß nach Lubmin „niemals“ strahlende Abfälle kommen werden, die nicht aus dem abgeschalteten Kombinat oder dem Kraftwerk im brandenburgischen Rheinsberg stammen. Mehrere Beschlüsse von Landtag und Schweriner Koalition sollen dafür bürgen, daß hier kein Atomklo für Westmüll entsteht.

Aber ausgerechnet die oberste Instanz für Atommüll, die Bundesministerin für Umwelt und Reaktorsicherheit Angela Merkel, möchte die Beschlüsse nicht länger tragen, für die sie selbst sich 1995 verbürgt hat. Frau Merkel will jetzt erkannt haben, was Kritiker schon lange bemängeln: Ihr eigenes Atomgesetz unterscheidet nicht zwischen „Ossi“- und „Wessi“-Atommüll. Schrott ist Schrott und muß im Prinzip, sofern eine genehmigungsfähige Lagerstätte gefunden ist, dort auch hineindürfen.

Eigentlich bräuchte sich die Genehmigungsbehörde für das Zwischenlager, das Schweriner Innenministerium von Armin Jäger (CDU), jetzt auch nicht so zu zieren. Von „Pufferlagerung“ und nicht „Zwischenlagerung“ für schwach- und mittelradioaktiven Fremdmüll ist im Genehmigungsentwurf für das EWN-Lager die Rede. Pufferlagerung, so wird sie definiert, sei das Lagern von Müll für maximal zwei Jahre inklusive „Konditionierung“.

Arbeiter in der Halle des Zwischenlagers Lubmin: *Das Gesetz unterscheidet nicht zwischen*

Diese sprachliche Neuschöpfung für einen im Atomgesetz nicht vorgesehenen Tatbestand sollte der Regierungskoalition das Gesicht wahren helfen. Schließlich finden in Mecklenburg-Vorpommern am 27. September nicht nur Bundes-, sondern auch Landtagswahlen statt. Leider macht der Koalitionspartner aber nicht mit. Für die SPD ist die in Kürze geplante Genehmigung zur Konditionierung von Westmüll ein nicht hinnehmbarer Sündenfall.

Als Konditionierung bezeichnen die EWN in ihrem „modernsten Zwischenlager Europas“ all das, was vor dem Lagern mit Müll passiert: Geräte wie die Hochdruckpresse „Fakir“ oder die Pelletttrocknungsanlage „Petra“ sowie „Favorit“ stauchen verseuchtes Material fast jeder Form und Größe auf Kleinstvolumen. „Mit der Genehmigung zur Konditionierung von Westmüll wird der Koalitionsbeschluß ausgehebelt“, moniert Henning Klostermann, Umweltexperte der Landes-SPD. „Allein die Transporte von schätzungsweise 170 Waggons pro Jahr durch unser Land sind unkalkulierbare Risiken.“

Innenminister Jäger will die Aufregung nicht verstehen: Es handele sich hier ja nicht um Castor-Behälter mit hochradioaktivem Schrott. Und: „Wir fordern im Genehmigungsentwurf den Nachweis, daß für den Fremdmüll nach der Konditionierung in Lubmin anderswo Lagerplatz ist.“ Die Pufferlagerung berühre deshalb gerade nicht den Koalitionsbeschluß. Wiewohl dieser, gibt der Minister Angela Merkel recht, sowieso nur eine „politische Absichtserklärung“ sei, ohne rechtliche Wirksamkeit.

T. HEIMANN / IMAGES.DE

„Ossi“- und „Wessi“-Müll

S. VIELMO / GREENPEACE

Greenpeace-Demonstranten in Lubmin
„Beitrag zum Aufschwungwerk Ost“

Juristisch gesehen, müsse das Land über kurz oder lang dem Betreiber genehmigen, was der wolle – im Zweifel auch die Zwischenlagerung von Fremdmüll. „Sonst kommen Schadenersatzforderungen in zweistelliger Millionenhöhe auf uns zu.“

Die Atomgegner in Greifswald fürchten zu Recht, daß Lubmin langfristig das gleiche Schicksal wie Ahaus droht. Auch für die westfälische Kleinstadt gab es einst einen Beschluß der Regierung von Nordrhein-Westfalen. Das Zwischenlager werde nur dem „landeseigenen Müll“ dienen. Nun fürchtet der grüne Polizeipräsident von Ahaus Volkes Zorn, wenn im März die ersten Castor-Behälter aus Süddeutschland anrollen.

Mit Unterstützung durch Merkels Behörde haben die Betreiber von Gundremmingen, Krümmel und Biblis B und C Entsorgungsabkommen mit Ahaus getroffen. Ohne solche Verträge müßten die Reaktoren nach Atomrecht abgestellt werden, weil ihnen der nötige „Entsorgungsvorsorgenachweis“ fehlen würde.

Nach Schätzung des Darmstädter Öko-Instituts hat Lubmin Kapazitäten für etwa doppelt soviel Müll, wie beim Abbau von Rheinsberg und Greifswald anfallen. 20 000 Quadratmeter Stellplatz bieten die acht Betonhallen, von denen eine für abgebrannte Kernelemente reserviert ist. Gorleben und Ahaus zusammen sind nicht so groß. Wegen dieser Überdimensionierung verhöhnten schon 1991 Anhänger von Greenpeace den damaligen Hausherrn des Zwischenlagers, die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), sowie die Bundesregierung mit einem Schild vor der Baustelle in Lubmin: „Atommüllkippe Greifswald. Unser Beitrag zum Aufschwungwerk Ost“.

Damals verlangte Atomlobbyist Dieter Rittscher im Namen der GNS öffentlich, daß das Zwischenlager auch für westdeutschen Atommüll ausgelegt werden müsse. Heute ist Rittscher Chef der EWN.

Nur versehentlich dringt aus dem Bonner Umweltministerium, daß Rittscher erst Anfang dieses Jahres den ursprünglichen Genehmigungsantrag beim Schweriner Innenministerium zurückgezogen habe. Darin hatte er die „Zwischenlagerung“ für Westmüll beantragt – und nicht etwa die bis dato unbekannte „Pufferlagerung“.

Rittscher hat sich vertrösten lassen. Aber die Zeit, meint der Profi, der schon Gorleben und Ahaus entwickelt hat, arbeite für ihn. „Deutschland ist keine Bananenrepublik“, sagt er. „Wo kommen wir hin, wenn jeder sein eigenes Zwischenlager baut?“

Die Gegnergemeinde fordert indes dagegen genau das: den „sicheren Einschluß“ vor Ort. Jedes Atomkraftwerk, das abgeschaltet wird, müsse „eingemottet“ werden, sagt Gero Lücking, Atomexperte bei Greenpeace. Das heißt: Abwarten und Abklingen lassen, etwa 30 Jahre lang. Dann sei der Abriß viel ungefährlicher.

Das weiß auch der Chef des Zwischenlagers Nord. Die Radioaktivität etwa von Kobalt-60 „halbiert sich in fünf Jahren“, sagt Rittscher. Deswegen schrumpft der Abfall auch mit der Zeit: Aus manchem Strahlenschrott wird gar Schrotthändlerware. Am Ende wird Platz frei.

Und damit freie Entsorgungskapazitäten, für Atommanager lebenswichtiges Kapital. Wenn etwa Morsleben, Deutschlands einziges (Ex-DDR-)Endlager für niedrig strahlenden Müll stillgelegt wird: frühestens 2000, spätestens 2005. Oder falls die in Niedersachsen geplante Alternative, Schacht Konrad, durch das Planfeststellungsverfahren fällt. Für den entstehenden Engpaß haben die Atomstromer ein riesengroßes Schlupfloch parat: Lubmin.

„Jetzt genehmigt das Land nur die sogenannte Pufferlagerung von Westmüll“, sagt Michael Sailer vom Öko-Institut in Darmstadt. „Wer garantiert, daß dann, wenn der Müll erst einmal in Lubmin steht, der Betreiber nicht eine Anschlußgenehmigung beantragt?“

Sailer argwöhnt, Lubmin werde einmal deutsches Hauptlager für abgerissene Atomkraftwerke. Sogar Castor-Behälter könnten über die Elbe ostwärts nach Lubmin fahren. Denn auch für sie, so Sailer, würden „durch einen Trick“ Überkapazitäten vorgehalten: Man habe den Raum für die Brennstäbe aus Greifswald und Rheinsberg in DDR-üblichen Behältern berechnet – in West-Castoren gepackt, nehmen sie nur zwei Drittel des reservierten Platzes ein.

Doch auch dafür, daß es soweit nicht kommt, hat sich – wieder einmal – Angela Merkel verbürgt. Sie ließ mitteilen: „Das Argument, daß die Bevölkerung in Greifswald so ruhig sei, soll nicht für Castor-Transporte aus dem Westen herhalten.“ ◆